

SÜDKURIER

Fukushima

Kazuhiko Kobayashi: "Die Leute werden belogen"

04.12.2012

Von ALEXANDER MICHEL



Anderthalb Jahre nach der Atom-Katastrophe redet die Regierung die Lage schön und kauft sich die Ärzte, die die Strahlenbelastung für unbedeutend erklären. Doch der Widerstand der Menschen im Land wächst. Japans prominenter Atomkraft-Kritiker Kazuhiko Kobayashi erklärt gegenüber dem SÜDKURIER, wie die Menschen in Japan für dumm verkauft werden.

Herr Kobayashi, mehr als ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima gehen in Tokio bei Demonstrationen hunderttausende Menschen auf die Straße. Bewegt sich etwas in Ihrem Land?

Wenn Sie damit Regierung und Wirtschaft meinen: nein. Die Regierung, das für die Folgen von Fukushima zuständige Industrie-Ministerium und der Kraftwerksbetreiber Tepco arbeiten noch immer eng zusammen, so wie sie es früher auch gemacht haben. Sie bilden einen Pakt. Es ist bei uns in Japan lange Tradition, dass Großkonzerne, Politiker und Staatsbeamte gemeinsame Sache machen, um ihre Interessen zu schützen. Dafür sind sie auch bereit, über Leichen zu gehen. Die Folgen der Katastrophe sollen in ihrem Ausmaß vertuscht werden.

Wie geht das vor sich?

Zunächst hielt sich die Regierung an den international akzeptierten Grenzwert von einem Millisievert radioaktiver Strahlung jährlich, dem ein Mensch ausgesetzt sein kann. Nach der Katastrophe traf der Dreier-Pakt die Absprache, den Grenzwert zu erhöhen, damit niemand eine Entschädigung geltend machen kann. Also hat man den Grenzwert eigenmächtig auf zehn Millisievert hochgesetzt. Das sei ungefährlich, hieß es. Nach einigen Monaten stellte man fest, dass auch dieser Grenzwert überschritten wird. Denn selbst in Tokio gibt es radioaktive Verseuchung. Das beweisen auch Messungen einer Bürgerinitiative in einem Park, der in der Nähe meiner Wohnung liegt. Die Messwerte an diesen Belastungs-Hotspots sind erschreckend hoch. Und um Fukushima müssten viel mehr Gebiete geräumt werden. Aber das würde ja wieder Entschädigungskosten verursachen.

Man hat den Grenzwert also noch mal hochgeschraubt?

Das konnte sich die Regierung nicht leisten, wenn sie ihr Gesicht nicht

verlieren wollte. Man ging einen anderen Weg: Ein Arzt und Professor an der medizinischen Hochschule von Nagasaki wurde in Fukushima zum Vizechef der medizinischen Fakultät an der Hochschule gemacht. Als Gegenleistung soll er die offizielle Regierungslinie vertreten. Und das tut er auch: indem er sagt, dass bis 100 Millisievert jährlich keine gesundheitliche Gefahr droht. Das ist die Verhundertfachung des ursprünglichen Grenzwerts!

Wie kann sich ein Mediziner dazu hergeben?

Man muss wissen: Medizinische Strahlenforschung wird in Japan nicht betrieben. Die haben die Amerikaner nach dem Abwurf der zwei Atombomben nach Kriegsende als Besatzungsmacht unterbunden. Forschung an der Strahlenkrankheit wurde sogar gesetzlich verboten – zunächst nur für sieben Jahre. Danach galt ein unbefristetes Schweigegebot und der Konsens: Es gibt keine Wissenschaft über die Strahlenkrankheit in Japan. So haben sich die Ärzte korrumpieren lassen. Und das wirkt bis heute nach.

Kann man die Strahlenkrankheit in Japan überhaupt behandeln?

Es gibt kaum Fachärzte für das Gebiet. Das ist die Fernwirkung des amerikanischen Verbots. Es ging 1945 ja darum, Japan als militärisches Standbein und Partner im Kalten Krieg zu gewinnen. Dazu gehörte auch die Stationierung von Atomwaffen. Durch den Abwurf der Atombomben hatte sich die USA natürlich in Japan viele Gegner gemacht. Die friedliche Nutzung der Kernspaltung sollte daher dazu dienen, sich die Japaner gewogen zu machen.

Das erklärt, warum in einem Land, das zwei Atombomben-Abwürfe erlebt hat, mehr als 50 Kernreaktoren gebaut werden konnten . . .

Ja, diese Kraftwerke sind auch hochpolitische Objekte. Sie dienen dem militärischen Bündnis zwischen den USA und Japan. Nur so wird dieser exzessive Ausbau der Atomkraft in Japan überhaupt verständlich.

Und die Ärzte waren ruhiggestellt?

Die Regierung hat sie schon nach dem Krieg mit allerlei Privilegien ausgestattet. Dazu gehören etwa Steuervorteile. Auch Schwindel und Tricks bei der Kostenabrechnung werden stillschweigend geduldet. Prüfungen gibt es nicht. Das alles ist in Japan ein offenes Geheimnis.

Wie sieht nun die strahlenmedizinische Versorgung in Fukushima aus?

Fachärzte aus der ganzen Welt und auch viele aus Deutschland sind nach Fukushima gekommen. Die deutschen Ärzte und auch amerikanische Kollegen haben die Misere beklagt und waren entsetzt, als sie Messwerte ermittelten und feststellten: Hier darf eigentlich niemand mehr leben.

Das heißt, die 20-Kilometer-Zone rund um das Katastrophen-Kraftwerk reicht nicht aus?

Eine lachhafte Maßnahme. Denn die Verstrahlung dehnt sich ja nicht kreisförmig aus. Jeder der logisch denkt, muss die runde Sperrzone als Quatsch ansehen. Dennoch steht die Regierung in Tokio zu diesem Unsinn.

Wird dem überzogenen jüngsten Grenzwert denn Glauben geschenkt?

Die einfachen Leute glauben der Autorität des Arztes aus Nagasaki. Die Besserverdiener ziehen zum großen Teil aus Fukushima weg. Sie können sich Wohnungen und Häuser woanders leisten. Wer bleibt, hat eher weniger Geld. Diese Leute sind gezwungen zu bleiben. Sie wollen ihre Kinder zum Arzt bringen, um sie untersuchen zu lassen. Denn diese Eltern wissen ja auch, dass Kinder auf Strahlendosen besonders sensibel reagieren. Allerdings wurde von der medizinischen Fakultät eine Verordnung für die Ärzte der Präfektur erlassen, die Untersuchungen restriktiv zu handhaben und die Ergebnisse unter dem Deckel zu halten. Basta. Die Antworten für die Eltern und Patienten sind vorformuliert.

Und das tragen alle Ärzte mit?

Einige verantwortungsvolle Mediziner haben den japanischen Ärzteverband verlassen, weil sie dieses Gebaren nicht mehr mittragen wollen. In diesem Sommer haben sie sich entschlossen, mit der Unterstützung von Bürgerinitiativen in Fukushima eine eigene Klinik zu gründen. Die ist bürgernah

und soll vor allem Eltern und Kindern dienen. 1200 von rund 4000 Kindern in Fukushima haben bereits Anzeichen von Erkrankungen, wie Zysten und Knoten an den Schilddrüsen. Trotzdem schweigen Regierung und Tepco dazu.

Wie reagiert man bei Behörden und Ministerium auf die Klinik?

Das ist für die natürlich unangenehm. Man hätte gerne, dass das Vorhaben gestoppt wird. Die Bürgerinitiativen und Ärzte haben das Projekt jedoch schon vor internationalem Publikum vorgestellt. Auch deutsche Ärzte haben den Neubau gesehen, die Öffentlichkeit ist im Bilde. Die Regierung in Tokio kann die Klinik nicht mehr stoppen. Bis Ende des Jahres könnte das Krankenhaus arbeitsfähig sein. Allerdings müssen teure Spezialgeräte gekauft werden, mit denen man Strahlenerkrankungen schnell feststellen kann. Deshalb sammle ich Barspenden bei meiner Vortragsreise. Das Geld nehme ich nach Japan mit und in Fukushima werde ich den Betrag vor den eingeladenen Medien überreichen. Das hat eine hohe symbolische Wirkung und ist eine Ermutigung für die Menschen in Fukushima. Es werden auch Journalisten dabei sein, die bei großen Medienkonzernen gekündigt haben, weil die sich von der Regierung und der Industrie unter Druck setzen lassen. Durch die Spenden aus Europa setzen wir wiederum die Regierung und die lokalen Behörden in Fukushima unter Zugzwang.

Ihre Kritik stellt auch den Medien in Japan ein schlechtes Zeugnis aus . . .

Energie- und Industriekonzerne sind in Japan die größten Geldgeber der privaten Medien. Auch die Atomwirtschaft wie Tepco gehört dazu. An einer kritischen Berichterstattung sind sie nicht interessiert und wollen sie unterbinden. Über Fukushima soll möglichst nicht berichtet werden. Daher schweigen die großen privaten Fernsehsender. Auch die mit ARD und ZDF vergleichbaren Sender werden von oben unter Druck gesetzt. Einige junge Journalisten mit moralischen Überzeugungen kündigen daher und machen ihren eigenen Kanal, ein Internet-News-Center auf Youtube etwa. Sie finanzieren ihre Arbeit durch Spenden und veröffentlichen neueste Messergebnisse aus Fukushima im Netz. Die Bewegung durch diese Journalisten wird immer bedeutender.

Wen haben die AKW-Kritiker außer der Regierung und Tepco noch im Visier?

Man muss sehen, dass sich Tepco nur durch die Finanzausweisungen des Staates über Wasser halten kann. Dabei haben auch die japanischen Großbanken ihre Hände im Spiel, denn sie sind Aktionäre der Energiekonzerne. Wenn Tepco wegen der Milliarden-Entschädigungen an Fukushima-Opfer pleite ginge, hätten die Banken viel Geld verloren. Deshalb wird die Regierung bedrängt, Tepco mit Steuergeld am Leben zu erhalten. Und das passiert auch.

Zurzeit laufen in Japan nur noch zwei Reaktoren. Das heißt: Es geht auch ohne Atomkraft . . .

Natürlich. Man hat den Bürgern immer erzählt: Ohne Atomkraft hat Japan nicht genug Strom. Doch nach der Katastrophe waren zeitweilig alle Reaktoren vom Netz. Die Stromlücke wurde durch konventionelle Kraftwerke problemlos geschlossen. Dazu reichte die Hälfte aller Gas- und Kohlekraftwerke völlig aus. Es geht bei den Atomkraftwerken also nicht um Wirtschaft, sondern um Interessenpolitik.

Das bedeutet, eine Energiewende nach deutschem Modell ist in Japan nicht möglich?

Der öffentliche Druck auf die Regierung wächst. Wo nach der Katastrophe nur 200 bis 500 Menschen auf die Straße gingen, sind es jetzt wöchentlich in Tokio 200 000 Leute. Und diese Zahl wird vermutlich weiter wachsen. Daher kann ich mir vorstellen, dass eine Energiewende erzwungen wird.

Welche Rolle kann die neue grüne Partei dabei spielen?

Nur eine ganz kleine. Um das zu verstehen, muss man die japanische Geschichte und die Mentalität kennen. Die Wurzeln liegen in der Herrschaft der Samurai. Der Gründer der letzten Dynastie – der 250 Jahre lang herrschenden Tokugawa – wusste, dass er das Land langfristig nicht allein mit Gewalt einnehmen und beherrschen konnte. Er griff zu einer Art Gehirnwäsche auf Basis des

Konfuzianismus. Daraus entwickelte er eine Tugend des Gehorsams. Das meint: Jeder muss dem Wort eines Älteren oder in der Hierarchie Höhergestellten glauben und es befolgen. Das ist die höchste Tugend Japans und das verinnerlichen alle Menschen dort. Aber wer profitiert davon? Die Leute an der Spitze. Das war damals der Schogun und das sind heute die Führer von Politik und Wirtschaft.

Deshalb hat eine grüne Partei keine Chancen gegen das Establishment?

Wenn keine prominenten Leute dort aktiv sind, reagieren die Japaner zurückhaltend. Und den Grünen fehlen diese prominenten Köpfe, was ihren Erfolg schmälert. Helfen würde es nur, angesehene intellektuelle Japaner als Unterstützer zu gewinnen. Inzwischen melden sich Schauspieler, Musiker und Schriftsteller zu Wort. Sie sind auch schon zu Demonstrationen gekommen und haben dort gesprochen. Solche Prominente müssen wir gewinnen. Wenn diese Leute sich als Kandidaten von Bürgerinitiativen zum Engagement bereit finden, dann sind die Wähler interessiert. Das hat mit unserer Mentalität zu tun. Die Japaner brauchen eine starke Persönlichkeit, deren Wort sie Gehör schenken und der sie folgen wollen. Die Grünen-Partei hat dort ihre Schwäche: Hier wird Richtiges geäußert, aber sie verfügt nicht über Prestige, weil die Aktivisten unbekannt sind.

Eine steile Karriere vom namenlosen Öko-Aktivisten zum Politiker und Minister ist also nicht denkbar?

Das ist sehr schwierig. Unsere jetzigen Politiker sind Söhne von vorherigen Politikern und diese waren auch Söhne von Politikern. In Japan gibt es kaum Politiker, die nur durch ihre Arbeit nach oben gekommen sind.

Aber durch die Fukushima-Katastrophe wurde der Prozess der Kritik am industriellen Komplex und der Regierung angestoßen. Ist der unumkehrbar?

Ein Zurück zu den Zuständen vor Fukushima wird es nicht geben, die Politik wird sich ändern. Aber ich befürchte: Uns bleibt zum Abwarten mit Blick auf die schrecklichen Folgen der Atom-Katastrophe keine Zeit.